

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 97 (2017)
Heft: 1043

Artikel: Digitale Enttäuschung
Autor: Hoffmann, Christian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736430>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FREIE SICHT

Digitale Enttäuschung

51 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass es ein Bundeswahrheitsministerium geben sollte – so das Ergebnis einer aktuellen YouGov-Umfrage unter 2038 Bürgern. Ausgerechnet eine Mehrheit der Deutschen, die in ihrer Geschichte jede erdenkliche Form des Totalitarismus ausprobiert haben, wünschen sich also im Jahr 2017, dass der Staat für sie

«wahre» und «unwahre» Nachrichten sortiere.

Nun gut, könnte man sagen, das sind halt die Deutschen. Und doch lässt sich die haarsträubende Meldung in einen Trend einordnen. Denn zunehmend führt der Siegeszug digitaler Medienplattformen zu verunsicherten Rufen nach der ordnenden Hand des Staates im Nachrichtengeschäft: Nahezu zeitgleich mit der Orwell'schen Meldung aus Deutschland wird in der Schweiz eine durch den Bund finanzierte Studie der TA-Swiss veröffentlicht, die eine Erweiterung der direkten staatlichen Medienförderung fordert. Die Digitalisierung, so der Tenor, gefährde etablierte journalistische Geschäftsmodelle, eine Sicherung der Medienqualität sei ohne Subventionen künftig nicht mehr möglich.

Dies- wie jenseits des Rheins geht man also einig: Ohne Staat verbreiten die Medien nur noch Unsinn. Und schuld ist: die Digitalisierung. Also auch: die Bürger. Denn glaubt man den Experten, nutzen diese das breiteste Medienangebot der Menschheitsgeschichte offenbar vor allem für den Konsum von Schund. «Lügenpresse» sozusagen, aber immerhin mundgerecht. Bittere Ironie: das grosse Versprechen der Digitalisierung war stets die «Demokratisierung» der Medien. Nie zuvor war es so leicht, Informationen und Meinungen zu erhalten und zu teilen. Nie zuvor war der Medienmarkt so offen wie heute. Und dennoch: anstelle eines Freiheitsgewinns könnte am Ende eine beispiellose Ausweitung staatlicher Macht im Mediensektor stehen.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Letzter Akt im Swissness-Theater

Seit dem neuen Jahr ist die Swissness-Gesetzgebung in Kraft. Ihre Entstehung könnte problemlos als Vorlage für eine Komödie dienen – wenn sie nicht gleichzeitig ein solches Trauerspiel wäre. Ich erinnere mich bestens an die Debatten, die ich von der Journalistentribüne aus verfolgte und bei denen mir eines klar wurde: Der Schutzversuch des Schweizer Kreuzes vor Trittbrettfahrern aus dem Ausland – wir erinnern uns an die Coop-Super-Trophy-Aktion mit Schweizer Pfannen «made in China» – ist zu einer protektionistischen Übung für Bauern, die Uhren- und Kosmetikindustrie geworden. Dank gut organisierter Lobbyarbeit ist das Gesetz durchaus zu ihren Gunsten gestaltet worden. Entstanden ist jedoch auch ein Bürokratiemonster, das in seiner Verordnung detailliert zu allen möglichen Ausnahmen Auskunft gibt – zur schaurigen Belustigung meiner Studenten, denen ich Markenrecht unterrichtete.

Die Grundregel lautet, dass bei Lebensmitteln 80 Prozent der Zutaten aus der Schweiz stammen müssen. Nur gibt es zahlreiche Inhaltsstoffe, die hier nicht in ausreichendem Mass oder Qualität produziert werden – und ausgenommen werden. So ist die Schweiz zwar für ihre Schoggi berühmt, der Kakao stammt logischerweise jedoch nicht aus den Alpen. Eine Liste mit 58 saisonalen Ausnahmen, die per Departementsverordnung jährlich (!) überprüft wird, umfasst auch Himbeer-Püree für Glace oder Honig für die industrielle Verarbeitung. Es grüsst der Verwaltungsschimmel!

Vollumfänglichen Heimatschutz gibt es für Produkte aus Schweizer Milch – es darf nur ein Kreuz auf der Verpackung prangen, wenn ihr Anteil im Produkt zu 100 Prozent von hier stammt. Glücklicherweise die Bauern, die sich über eine höhere «Wertschöpfung» freuen. Das Nachsehen haben die Konsumenten und jene Produzenten, die aufs Kreuz verzichten. Wirklich tragikomisch dürfte aber der letzte Akt des Theaterstücks werden: Wie das Institut für geistiges Eigentum versucht, Markensündern auf der ganzen Welt das Handwerk zu legen, und als «Swissness»-Polizei Schweizer Sünder hinter Gitter bringt.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.